

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprecher 23. Für ungelangt eingefandene Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Das Auer Tageblatt wird von dem Verleger Hermann Auer in Auerbach im Erzgebirge herausgegeben. Die Redaktion befindet sich in Auerbach im Erzgebirge, Hauptstraße 10. Die Druckerei ist in Auerbach im Erzgebirge, Hauptstraße 10. Die Abnahme der Zeitungen erfolgt durch den Postboten oder durch den Abnehmer selbst. Die Preise sind in der Preisliste angegeben.

Nr. 2

Freitag, den 3. Januar 1919

14. Jahrgang

### Das Neueste vom Tage.

Der neue Staatssekretär des Auswärtigen, Graf Brockdorff, erklärte, daß Deutschland nur einen Frieden des Rechts, nicht aber einen der Gewalt und Vernichtung annehmen werde. Die Friedenskonferenzen sollen nach Mitte März nach Paris Mitte Januar beginnen. Auf den überschüssigen und rheinischen Grubenwerken wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Der östliche Teil der Provinz Posen ist in den Händen der Polen. Konstantinopel ist von englisch-französisch-italienischen Truppen besetzt worden. Am 10. Januar findet eine Konferenz der deutschen Finanzminister in Berlin statt. Unsere Feinde wollen die ihnen von uns ausgeschickten U-Boote unter sich verteilen.

### Was deutsch ist, soll deutsch bleiben...

a. Das für Deutschland so überaus schicksalsschwere Jahr 1918 ist zu Grabe getragen. Als wenig begehrtestes Erbe hat es uns ein wildes Chaos hinterlassen. Der Weltkrieg ist verlorein, das vordem in vollem wirtschaftlicher Blüte prangende deutsche Reich ist ein verarmtes Land geworden, dem, wenn nicht ein Wunder eintritt, bald das letzte Mark aus den Knochen gesogen sein wird. Die durch vier lange, schwere Jahre hindurch siegreichen deutschen Heere sind in alle Winde zerstreut, aufgelöst, sie sind gewesen. Ein kleiner Rest, der sich noch erhalten hat, ist in seinem inneren Aufbau zu schwach, um an seiner ruhmvollen Vergangenheit sich wieder aufrichten zu können. Von der einseitigen ebenbürtig gepriesenen wie zum guten Teile auch mit Recht verklärten deutschen Ordnung ist nicht zu viel mehr als Spüren; was bis vor kurzem in Gemeinschaft mit kaiserlichen Paragrafen Deutscher der Welt die Welt einer unumschränkten Gewalt polizeilicher Willkür jede freiere Bewegung unterdrückte, das ist heute der Welt ein Vorbild in seiner von menschlichen Werten mißachteten Organe, da tritt man heute Befehl und Recht eines freien Volkstaates mit Füßen. Deutsche erheben die Hand gegen Deutsche und besetzen die in heißen, gigantischen Kämpfen mit den Feinden gemeinten Waffen mit Bruderblut. Als ob das feindliche Ziel, Sünden und die fürchterliche Geißel des Hungers die Feinde des deutschen Volkes nicht reichlich genug gelichtet hätten!

Aber weiter geht der tobende Wirrwarr in deutschen Ländern. In den Kolonialgebieten herrschen offene Gewalt und Unrecht; die triumphierte brutale Macht der zum Schlage erhobenen Faust. Von den Grubenrevieren gleit das drohende Gespenst durch's Land, das uns das Ende jeglichen wirtschaftlichen Lebens kündigt, wie wir es bereits in vielen Teilen Russlands der Sowjets sehen. „Auf Vernichtung hinaus!“ — auf Vernichtung des deutschen Reiches! Was unsere Feinde schon ein Jahrzehnt vor dem Kriege anstrebten, was sie dem, den schändlichen Plan unserer Untertänigung und Auszehrung ins Werk zu setzen, was ihnen aber nicht gelang, wodurch sie drei Fünftel aller Völker der Erde im Massenwege gegen uns aufboten — das, scheint's, soll jetzt durch Deutschland selbst mit vollzogen werden, wenn nicht schleunigst ein gründlicher Wandel der letzten Verhältnisse herbeigeführt wird. Schon sieht man ja so aus, als ob einzelne Landestteile die Einheit des deutschen Reiches zerstückeln wollten, wer trägt heute noch für die weitere Zugehörigkeit Bayerns und anderer süddeutscher Gebiete, des Rheinlandes, Westfalens, Westpreußens, Schlesiens, Posens zum Reich? Schlessen und Posen: Diese beiden Worte bringen uns die weitere Gefahr in Erinnerung, wie sie gegenwärtig von Gefahren umgeben, wie noch nie ein Volk es war. Polen und Tschecho-Slowaken haben weite Gebiete dieser beiden Provinzen besetzt, sind bereit in deutsches Gebiet einzudringen, weil ihnen kein Herz wehrt. Im Osten Deutschlands haben sich also die Stämme festgesetzt, im Westen Franzosen, Engländer, Belgier, Amerikaner. Das Ost- und Nordostpreußen in der letzten Zeit als Reichslande müssen wir nach der jetzigen Lage der Dinge als ungewiss betrachtet werden — soll dem

linken Rheinufer dasselbe Schicksal beschieden sein? Und sollen die vom Feinde, noch bevor der Friedenskonferenz gesprochen hat, im Osten widerrechtlich, in ihrer jedem Völkerrecht Sohn sprechenden Weise besetzten deutschen Landestteile uns für die Dauer verloren sein? Der deutsche Wügel ist wieder einmal nicht ganz auf dem Posten! In den ersten Tagen der Revolution war er allerdings gründlich aufgerichtet worden, seitdem aber das rote Banner über der sozialistischen deutschen Republik weht, meint er, seiner Pflicht als Staatsbürger vorläufig vollstän zu genügen. Wenn er seine ganze Aufmerksamkeit und politische Tätigkeit den bevorstehenden Wahlen zur deutschen Nationalversammlung widmet. Damit allein ist es aber nicht getan. Denn daß die rein inneren Verhältnisse in den zurückliegenden Wochen noch keine Besserung erfahren haben, ist zwar nur auf eine menschlich verständliche, vom nationalen Standpunkte aus aber unverständliche Schwäche der Regierung zurück zu fuhren. Sie hat die Macht, in der sie von den Demokraten wie von den Mehrheitssozialisten in jeder Weise gestützt wird. Also hätte sie von dieser Macht auch Gebrauch machen sollen, um jeden Widerstand zu brechen, der ihr entgegensteht. Das neue Jahr wird hierin hoffentlich schleunigste Nachholung des im alten Jahre Versäumten bringen. Anders aber verhält es sich mit den vielfachen Verufen unserer Feinde, uns in der Zeit wüsten Waffenstillstand und Friedensschluß Gebietsteile durch gewaltsame Beilegung vorläufig zu entreißen, damit die Friedenskonferenz vor eine fait accompli gestellt werde. In dieser Frage hat nicht nur die Regierung, sondern das gesamte deutsche Volk mitzuwirken, und jeder einzelne Volksgewisse ist dazu berufen.

Es mutet etwas seltsam an, daß das deutsche Volk, das vor allem auch die deutsche Weisse sich nicht in Protesten auf Protesten erhebt, wenn man heißt, wie entgegen den Wilson'schen Grundsätzen die Feinde Deutschland zurückgeben wollen. Müßig, fast apathisch, nimmt man davon Notiz und geht darüber gewissmaßen zur Tagesordnung über. Ja, steht man denn die Folgen einer solchen Teilnahmlosigkeit nicht ab, erwägt man denn gar nicht, wie diese beinahe fatalistische Gleichgültigkeit auf unsere Feinde einwirken mag? Müßigen sie da nicht zu dem irrigen Glauben kommen, daß es uns Deutschen mehr oder minder gleich ist, ob das linke Rheinufer, Westpreußen, Schlessen, Polen deutsch bleibt?

Auch in dieser Beziehung also muß im neuen Jahre nachgeholt werden, was im alten verkannt worden ist. Aus jedem deutschen Zeitungsblatte, das unseren Feinden zu Gesicht kommt, muß ihnen ein klammernder Protest entgegen lauschen, gegen die Vergeßlichkeit deutschen Gebietes, keine deutsche Versammlung sollte künftig zu Ende gehen, ohne daß in ihr der gleich geharischte Protest erhoben worden ist und die Regierung sollte nicht allein bei unseren Feinden, sondern auch bei den Regierungen der neutralen Staaten wegen dieser gräßlichen Völkerrechtsverletzungen energisch vorstellend werden. Diese Gewalttätigkeiten der Feinde müssen also ebenso überwunden werden wie der Bolschewismus, dann erst wird das Volk der jungen Republik Deutschland erst worden haben, um es besitzen zu können, was es von seinen Vätern ererbte!

### Was soll werden? düstere Betrachtungen.

Der Unterstaatssekretär Dr. v. Gerlach schreibt in seiner „Welt am Montag“: „Die Arbeitslosigkeit wächst unheimlich, die Arbeitsindustrie ist mit ihrer Arbeit zu Ende und die Friedensindustrie kann zum größten Teil noch nicht arbeiten. Jeder Tag der Demobilisierung vergrößert das Heer der Arbeitslosen. Viele Fabriken müßten arbeiten — sie haben keine Kohlen. Andere Fabriken müßten arbeiten — sie haben keine Arbeiter oder doch nicht genug. Keine Arbeiter? Trotz der wachsenden Arbeitslosigkeit? Jawohl, es ist so. Die Große Berliner Straßenbahn sucht 1000 Arbeiter, und trotz der Hunderttausende von Arbeitslosen müßten sich nur 350. In der Welt müssen die Industriefabriken Rehm und Rauen den Betrieb einstellen, weil sie keine Arbeiter haben. In Danzig wurde mir berichtet, daß in einer großen Industriefabrik in der Nähe die Rüben verkauft wegen Arbeitsmangels. Ich weiß wohl, was viele Arbeiter abhält, sich für bestimmte Betriebe zu melden: Unterernährung, ungenügende Bekleidung, ungenügendes Schuhwerk, geringere Entlohnung als anderwärts. Wer es darf auch nicht verschlagen werden, daß die vier Jahre Krieg auf die Arbeitsverhältnisse sehr ungünstig eingewirkt haben. Wenn man sich wendet zu den Drohen, nach zu den Bestreben der kapitalistischen Ge-

staltung gehört, darf man das ruhig aussprechen. Und man muß es sogar aussprechen, wenn man sich die fürchterlichen Gefahren klarmacht, die unser Wirtschaftsleben und damit die Arbeiter selbst bedrohen. Subjektiv kann man selbst sehr hohe Anforderungen stellen. Objektiv sind sie das größte wirtschaftliche Übel, das uns begehren kann. Das Budget des preussischen Staatshaushalts waren die Eisenbahnen. Sie erbrachten 1913 einen Ueberschuß von 225 Millionen. Dieser Ueberschuß ging durch den Krieg auf 18 Millionen in 1917 zurück. Für 1918 ist bereits ein Zuschuß von 125 Millionen erforderlich, und für 1919 wird das Defizit fast 8 Milliarden betragen. Der Durchschnittslohn ist von 1200 Mark in 1913 auf 420 Mark gesunken. Der Lohn ist um den Betrag der Eisenbahn jährlich 160 Millionen. Was für die Eisenbahnen gilt, gilt für alle anderen Staatsbetriebe. Waschen die Personalangaben in derselben Weise weiter, so sind sie samt und sonders bankrott. Zu der Tatsache schon so riesigen Staatslast tritt hinzu die Bedienung all dieser Defizite. Die Steuerlast steigt ins Unvorstellbare. Von den Privatbetrieben gilt dasselbe. Fast jeder einzelnen Kategorie gönnt der sozial empfindende Mensch eine Besserung ihrer Lage. Und doch bedeutet der ganze Komplex dieser Maßnahmen einseitig den Ruin unseres Wirtschaftslebens. Ein deutscher Jahrmarkt bekam in diesen Tagen einen großen Aufschlag auf Kleinwaren aus Norwegen. Er zeigte keine Preisforderung ein, bedröht mit knappen Gewinn. Wozum ist der nordische Geschäftsfreund mittelste, Amerika habe ihm dieselbe Ware zum halben Preise in Rechnung gestellt.

Gerlach schließt: „Es gibt keine Rettung mehr“, erklärte mir einer unserer bekanntesten Arbeiterführer. Wirklich nicht? So verzweifelt es im Augenblick aussieht, ich hoffe noch immer, daß der realpolitische Sinn der Arbeiter die Oberhand gewinnen wird über die Revolutionarromantik, ehe es zu spät ist.“

### Die Polengefahr.

Ein Nachrichtenverweigerer über die Lage in Posen. Der noch Posen entsandte Regierungsvertreter Eugen Ernst äußerte sich dahin, daß man sich in Deutschland unbedingt klar sein müsse, daß sich die Machtverhältnisse in der Provinz Posen in den letzten Tagen zugunsten der Polen von Grund aus verschoben hätten. Vor vierzehn Tagen, so erklärte er, wäre es unter Umständen noch möglich gewesen, mit gewaltsamer Gewalt die Situation für die Berliner Regierung zu retten und ihre Kooperationspolitik in Posen aufrechtzuerhalten. Heute sei es zu spät. Selbst wenn eine ganze Division Truppen nach Posen geschickt würde, was der Berliner Regierung kaum möglich sei, würde sich die Lage nicht mehr ändern lassen. Bei dem Janatlage der Polen würde dadurch lediglich ein Bürgerkrieg entzündet werden, dessen fürchterliche Auswirkungen gar nicht abzusehen sind. Die Bergabstufungen mit den Polen seien in der Hauptsache deshalb so unendlich erschwert, weil das Militär neu zwischen Deutschen und Polen jedes Maß übersteige. Jedenfalls könne heute kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß Polen und der östliche Teil der Provinz Posen sich völlig in den Händen der Polen befinden. In der Stadt Posen hätte der polnische Stadtkommandant alle Macht uneingeschränkt in der Hand.

### Polnische Truppenansammlungen an der preussischen Grenze.

Aus Thorn wird gemeldet: Die Grenzübergänge zwischen der Provinz Westpreußen und Polen sind von der polnischen Regierung gesperrt. Nachrichten aus Polen berichten von zunehmenden Truppenansammlungen an der preussischen Grenze. Wie verlautet, werden mehrere Armeekorps in der Provinz Posen zusammengezogen. Die Reichsregierung ist fest entschlossen, die Rechte Deutschlands an die Provinz Posen nicht aufzugeben.

### Die polnische Gefahr für Oberschlesien.

Nach Meldungen aus dem ober-schlesischen Industriegebiet bereiten die Polen auch für Oberschlesien Lederraufschungen vor. In Beuthen fand eine Konferenz von Polenführern aus Preußen, Galizien und Polen statt. Die allgemeine Bewaffnung der Polen ist an allen Stellen durchgeführt. Die von Polen stark durchsetzten Arbeiter- und Soldatenräte halten sich der drohenden Gefahr gegenüber passiv.

### Die Entente gegen die Polen.

Vertretende von denen die Polen wenden sich dagegen, daß die Polen schon jetzt, vor der Friedenskonferenz, preussische Gebietsteile annektieren und fordern ein Eingreifen der Alliierten zur Wiederherstellung des bisherigen Zustandes.